

Neues Kommunales Haushaltsrecht

- **Sachstandsbericht**
- **Festlegung zur Handhabung der Wertansätze für die geleisteten Investitionszuschüsse der Stadt zur Eröffnungsbilanz 01. Januar 2019**

Der Gemeinderat hat am 23. Juni 2015 einem vorläufigen Projektplan mit dem Ziel der Umstellung auf das neue Kommunale Haushaltsrecht zum 1. Januar 2019 grundsätzlich zugestimmt. Gleichzeitig wurde die Beteiligung an einem Gemeinschaftsprojekt mit weiteren Kommunen und der fachlichen Betreuung durch die Schüllermann Consulting GmbH zugestimmt. Inzwischen beteiligen sich 20 Städte und Gemeinden in der näheren Umgebung in 2 Gruppen an diesem Projekt.

Inzwischen fanden 3 ganztägige Workshops statt. Die Verwaltung hat mit der Bewertung der Grundstücke, einschließlich Straßen und Gebäude begonnen. Ein aktualisierter Projektplan ist beigelegt.

Nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) werden die von der Stadt geleisteten Investitionszuschüsse nicht als laufender Aufwand, sondern als aktive Abgrenzungsposten in der Rechnungslegung angesetzt. Investitionszuschüsse sind Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Dritter (z.B. von Vereinen oder den Kirchengemeinden). In den folgenden Jahren erfolgt die Auflösung der sogenannten Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse. Diese Auflösungen belasten zukünftig das operative Ergebnis der Stadt.

Entsprechend des § 62 Abs. 6 S. 2 GemHVO besteht ein Wahlrecht für die Bilanzierung der Investitionszuschüsse, die vor dem Eröffnungsbilanzstichtag geleistet wurden.

Um die in der Umstellungsphase gebotenen Vereinfachungen optimal zu nutzen und die Belastung zukünftiger Haushaltsjahre so gering wie möglich zu halten, wird vorgeschlagen, auf den Ansatz der geleisteten Investitionszuschüsse in der Eröffnungsbilanz zu verzichten.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt den Verzicht auf den Ausweis des Ansatzes der geleisteten Investitionszuschüsse in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2019, welcher durch das entsprechende Wahlrecht gem. § 62 Abs. 6 S. 2 GemHVO gegeben ist. Die rechtlichen Festlegungen bezüglich der Ausnahmen durch den Bilanzierungsleitfaden gelten ferner.